

Viele Fragen, viel Unsicherheit

Impflicht Die CSU-Bundestagsabgeordneten sind unter bestimmten Voraussetzungen dafür, der AfD-Mann ist dagegen. Die Vertreter von FDP und Linkspartei halten sich bedeckt.

Allgäu Hilft eine allgemeine Impflicht im Kampf gegen die Corona-Pandemie? Darüber wird kontrovers diskutiert. Am Mittwoch findet dazu im Bundestag eine „Orientierungsdebatte“ statt. Bei den Allgäuer Bundestagsabgeordneten gibt es ganz unterschiedliche Meinungen zu einer Impflicht – und noch viele offene Fragen.

© **Stephan Thomae (FDP)**: Er sehe eine allgemeine Impflicht als 18 Jahren durchaus kritisch, sagt Stephan Thomae (Sulzberg/Oberallgäu), Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Omikron verändere die Spielregeln maßgebend. Er bezweifle, dass es derzeit sinnvoll sei, kurzfristig eine Impflicht zu beschließen. Dann könnte im nächsten Winter eine Variante im Umlauf sein, gegen die jetzige Impfstoffe nicht mehr ausreichend schützen, sagt Thomae. Ihm erscheine es sinnvoller, später im Jahr angepassten Impfstoff bereitzustellen und damit die besonders vulnerablen Gruppen zu impfen. Falls die Impflicht komme, sollte sie zeitlich befristet sein. „Meine endgültige Entscheidung werde ich allerdings am Ende der Beratungen treffen, nicht davor.“

© **Stephan Stracke (CSU)**: Für eine allgemeine Impflicht spricht sich der CSU-Abgeordnete aus dem Ostallgäu aus: „Es gibt aber noch einige zentrale Fragen.“ Er könne sich eine Impflicht ab 18 Jahren vorstellen und auch ein Impfbüro vor. Weitere konkrete Aussagen wolle er derzeit nicht treffen. Der Jurist sieht die Ampel-Regierung in der Pflicht, einen Gesetzesentwurf zu liefern. Die Regierung habe den dafür nötigen „Apparat“ – die Opposition nicht. Stephan Stracke wirft der Regierung „Arbeitsverweigerung“ vor. Dabei dränge doch die Zeit. Er halte es für sinnvoll, eine allgemeine Impflicht bereits Mitte März zu bekommen. Dann greife ohnehin eine Impflicht für Einrichtungen wie Krankenhäuser und Pflegeheime.

© **Mechthilde Wittmann (CSU)**: Die Abgeordnete aus Kempten plädiert dafür, jetzt die rechtlichen Voraussetzungen für eine allgemeine Impflicht zu schaffen: Dazu gehöre der Aufbau eines Impfbüros, das man mit dem Datenschutz in Einklang bringen müsse. Eine Impflicht für Menschen ab 18 Jahren hält sie dann



Is es der richtige Weg, eine allgemeine Impflicht einzuführen? Darüber diskutiert der Bundestag in seiner Sitzung am Mittwoch. Unter den Allgäuer Abgeordneten gibt es ganz unterschiedliche Meinungen. Symbolfoto: Matthias Becker



Stephan Thomae



Stephan Stracke



Mechthilde Wittmann



Susanne Ferschl



Peter Felber

für geboten, „wenn es zu keiner Epidemie mit weitestgehend unbedenklichen Verläufen kommt und es auch weiterhin schwere Verläufe dieser Krankheit mit allen Konsequenzen für die Mitmenschen und die Krankenhäuser gibt“. Auf die Frage, welche Sanktionen es dann für jene geben sollte, die sich nicht impfen lassen, antwortet Wittmann: „Das ist ein ganz sensibler Punkt, über den man sehr differenziert nachdenken müsste. Vorstellbar wäre aber in begründeten Fällen ein abgestuftes Ordnungsgeld.“

© **Susanne Ferschl (Die Linke)**: Die Kaufbeurer Abgeordnete hält die Impfung für wichtig, eine Pflicht müsse aber vor dem Hintergrund der Omikron-Variante diskutiert

werden. Anders als bei Delta schätze die Impfung nicht mehr in gewohnter Form vor einer Ansteckung, entsprechend blieben die Freiheitsrechte weiter eingeschränkt: „Hier stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit.“ Ein angepasster Impfstoff werde für März erwartet. „Aber wer weiß, wie die Situation dann ist und inwiefern sich weitere Mutationen entwickeln.“ Zumal auch noch nicht klar sei, wie mögliche Sanktionen aussehen könnten. „Wenn es keine Konsequenzen gibt, läuft alles ins Leere. Wird ein Bußgeld fällig, kommt der soziale Aspekt hinzu. Wer es sich leisten kann, kauft sich dann einfach frei.“

© **Peter Felber (AfD)** Der Abgeord-

nete aus Sonthofen positioniert sich eindeutig: „Ich bin gegen eine Corona-Impflicht“, sagte er unserer Redaktion. Wie man sich medizinisch behandeln lasse, solle eine freie Entscheidung sein. Zuerst habe es geübt, zwei Impfungen reichen, derzeit wisse man aber nicht, wie gut die Impfungen vor der Omikron-Variante schützen. Er halte eine Impflicht wegen dieser Unwägbarkeiten für unverhältnismäßig, auch in eingeschränkter Form. Das sei auch die Linie in der Fraktion. „Corona ist eine reale Gefahr, es gibt eine Pandemie“, betont Felber dennoch. Die Frage sei aber, ob es bei nachweislich gesunden Menschen nicht ausreiche, sich jedem Tag zu testen. (me/nh/ark/llh)